

Europa macht sich nachhaltig



EU-Taxonomie. Die Europäische Union will bis 2050 klimaneutral werden. Um genug privates Kapital in Investitionen zu lenken, die auf den Klimaschutz einzahlen, hat die EU einen Klassifikationsstandard auf den Weg gebracht, die sogenannte Taxonomie. Sie legt klare Kriterien für eine nachhaltige Produktion fest, ist für die Betriebe allerdings mit komplexen Berichtspflichten verbunden. Wie die Unternehmen der Elektro- und Digitalindustrie mit dieser Herausforderung umgehen, erläutern Oliver Blank und Dominik Heijnk vom ZVEI im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Betriebszugehörigkeit

Die Beschäftigten in Deutschland arbeiten oft viele Jahre für denselben Arbeitgeber. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen sind allerdings groß.

—> [Seiten 6-7](#)

Deutsch-russischer Handel

Handelssanktionen der EU würden Russland hart treffen, doch umgekehrt hängt auch Deutschland stark von russischen Rohstofflieferungen ab.

—> [Seite 15](#)

Kriterien für den Klimaschutz



EU-Taxonomie. Um ihr Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, hat die EU einen ambitionierten Klassifikationsstandard auf den Weg gebracht. Er soll den Unternehmen und ihren Financiers helfen zu erkennen, welche wirtschaftlichen Aktivitäten auf das EU-Klimaziel einzahlen. Das System bietet Chancen – gibt aber auch Anlass zu Kritik.

Die Entscheidung der EU-Kommission, Investitionen in neue Atommeiler und Gaskraftwerke unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig einzustufen, wird heftig diskutiert. Grund genug, den eigentlichen Ausgangspunkt der Debatte näher zu beleuchten: die sogenannte EU-Taxonomie.

Der Hintergrund für dieses Klassifikationssystem ist, dass die EU bis zum Jahr 2050 klimaneutral

werden und damit dazu beitragen möchte, die Erwärmung des Erdklimas auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dafür sind jedoch deutlich mehr Investitionen erforderlich, als von staatlicher Seite getragen werden können. Der Blick auf den Energiesektor zeigt dies beispielhaft (Grafik):

Die europäischen Staaten wollen bis 2050 insgesamt 236 Milliarden Dollar in ihre Energiesysteme

investieren – um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, sind jedoch allein in diesem Wirtschaftsbereich mehr als 300 Milliarden Dollar erforderlich.

Letztlich gilt es, quer durch alle Sektoren mehr Kapital für klimafreundliche Investitionen zu mobilisieren. Eine wichtige Finanzierungsquelle hierfür sind Green Bonds, also grüne Anleihen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass der Kapitalnehmer dem Kapitalgeber zusichert, das erhaltene Geld in ökologisch nachhaltige Projekte zu investieren. Dieses Prinzip findet immer mehr Anhänger (Grafik Seite 3):

Das weltweite Emissionsvolumen von Green Bonds ist zwischen 2013 und 2019 von 15 auf 207 Milliarden Euro gestiegen.

Je mehr nachhaltige Kapitalanlageformen an Zuspruch gewinnen, desto wichtiger wird für die Akteure auf dem Finanzmarkt aber auch ein klarer Standard, mit dem sich die Nachhaltigkeit von Investitionsprojekten zuverlässig beurteilen lässt.

Genau dies soll die EU-Taxonomie leisten. Sie schafft ein einheitliches und verbindliches Klassifikationssystem für „grüne“ Wirtschaftsaktivitäten in der EU – also jene, die auf mindestens eins der sechs folgenden Ziele einzahlen:

- den Klimaschutz,
- die Anpassung an die Folgen des Klimawandels,
- die nachhaltige Nutzung und den Schutz von Wasser- und Meeresressourcen,

Energiesektor in Europa: Mehr Investitionen in den Klimaschutz erforderlich

So viele Milliarden Dollar an Investitionen im Energiesektor Europas für den Zeitraum 2016 bis 2050 ...

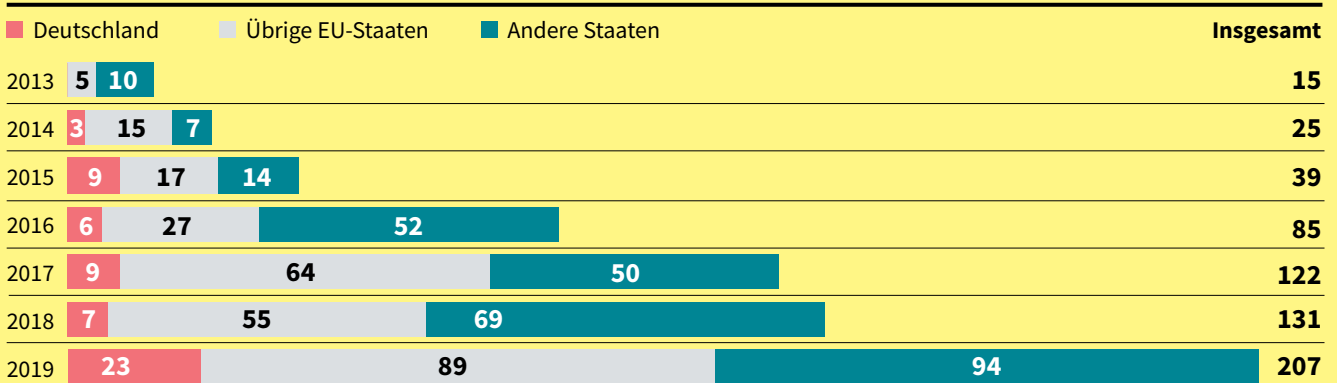
	... planen die europäischen Staaten	... sind erforderlich, um die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen	69	86
Stromübertragung, -verteilung und -speicherung	63	76
Maßnahmen der Energieeffizienz	6	48
Gewinnung und Umwandlung von fossilen Energieträgern	60	33
Gewinnung und Umwandlung von Bioenergie	14	24
Speicherung von Kohlendioxid – Carbon Capture and Storage (CCS)	2	14
Gewinnung und Umwandlung von nuklearer Energie	10	10
Stromerzeugung aus fossilen Quellen, ohne CCS	9	6
Wasserstoff, erneuerbare Quellen	—	3
Wasserstoff, fossile Quellen	2	2
Insgesamt	236	302

Quelle: McCollum et al. (2018)
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Der Markt für Green Bonds wächst weltweit

Emissionsvolumen von Anleihen zur Finanzierung ökologisch nachhaltiger Projekte in Milliarden Euro



Quellen: Deutsche Bundesbank, Europäische Investitionsbank
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

- den Weg zur Kreislaufwirtschaft,
- die Prävention und Kontrolle von Umweltverschmutzung sowie
- den Schutz und die Wiederherstellung von biologischer Vielfalt und Ökosystemen.

Für die beiden erstgenannten Ziele sowie emissionsintensive Wirtschaftsaktivitäten gibt es bereits konkrete technische Prüfkriterien, die zum Beispiel festlegen, wie viel Treibhausgase bei der Produktion einzelner Güter maximal emittiert werden dürfen. Angewendet werden müssen die Kriterien ab dem Geschäftsjahr 2021 von bestimmten großen börsennotierten Unternehmen – in Deutschland betrifft dies etwa 500 Firmen.

Für kleine und mittlere Unternehmen soll eine entsprechende Berichtspflicht zwar erst ab 2026 gelten. Wenn aber zum Beispiel ein großer Automobilproduzent seine Produktion umstellt, um die Vorgaben der EU-Taxonomie zu erfüllen, werden auch seine Zulieferer fast zwangsläufig „grünere“ Vorleistungen in petto haben müssen (siehe Seiten 4–5).

Einiges spricht dafür, dass das Taxonomie-System die EU auf dem Weg zur Klimaneutralität voranbringen kann. Der wohl wichtigste Aspekt:

Das verbindliche EU-Klassifikationssystem bietet allen Investoren, die auf nachhaltige Engagements setzen, eine klare Orientierung. Das schafft Vertrauen und soll mehr Kapital in den Klimaschutz fließen lassen.

Vor allem Unternehmen aus emissionsintensiven Sektoren sollen auf diese Weise den hohen Investitionsaufwand für innovative Projekte stemmen können, mit denen sie die Produktion auf nachhaltige Verfahren umstellen. Zugleich verringern die strengen Kriterien der EU-Taxonomie die Gefahr des „Greenwashings“, also das Risiko, dass vermeintlich nachhaltige Investitionsprojekte tatsächlich gar nicht auf die Klimaziele einzahlen.

Dennoch muss sich das Taxonomie-Projekt auch Kritik gefallen lassen. Ein zentraler Punkt ist, dass das Festlegen von Schwellenwerten ein Schwarz-Weiß-Denken bewirken könnte, ein Unternehmen also generell als nachhaltig gilt oder eben nicht. Zudem ist es problematisch, dass die Taxonomie bislang nur bestimmte Wirtschaftsaktivitäten erfasst. Viele Geschäftsfelder eines Papierproduzenten beispielsweise könnten demnach kein grünes Label erhalten, selbst wenn der Unterneh-

mer seine Produktionsprozesse umstellt und mit dieser Investition den CO₂-Ausstoß verringert.

Obwohl die Taxonomie-Kriterien alle drei Jahre angepasst werden, ist zudem zu befürchten, dass das Regelwerk der technologischen Entwicklung hinterherhinkt und keinen ökonomisch effizienten Weg zu mehr Klimaschutz gewährleistet.

Solche effizienten Instrumente gibt es im Übrigen bereits, wie beispielsweise den auf marktwirtschaftlichen Prinzipien basierenden Handel mit Emissionszertifikaten.

Nicht zuletzt dürften die Anforderungen der Taxonomie für die Unternehmen einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand bedeuten. Die ab 2026 ebenfalls dokumentationspflichtigen kleinen und mittleren Unternehmen – in Deutschland voraussichtlich etwa 15.000 Betriebe – könnte es enorm herausfordern oder sogar überfordern, die notwendigen Finanzkennzahlen wie rechtlich vorgeschrieben zusammenzustellen.

IW-Policy Paper 14/2021

Peter Friedrich, Finn Arnd Wendland: Ökologisch nachhaltig oder nicht? Die Einführung der EU Taxonomy for Sustainable Activities iwkoeln.de/eu_taxonomie



Interview. Mit der EU-Taxonomie kommt einiges an Arbeit auf die Unternehmen zu. Denn alle Betriebe ab einer gewissen Größe müssen künftig – egal ob sie zu einer als nachhaltig eingestuften Branche zählen oder nicht – umfangreiche Berichtspflichten erfüllen. Wie gut die Unternehmen darauf vorbereitet sind, erläutern **Oliver Blank** und **Dominik Heijnk** vom Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI).

„Der Beratungsbedarf ist riesig“

Die EU-Taxonomie wird von vielen Seiten harsch kritisiert. Ihr Verband dagegen hat sich schon früh dafür ausgesprochen, klare Kriterien für grüne Investitionen einzuführen. Warum?

Blank: Wir sind als Verband mit den über 20 Fachbereichen, die wir vertreten, ein Vorreiter für Lösungen, die den Klimaschutz betreffen. Der Finanzbedarf für den Umbau hin zur CO₂-neutralen Wirtschaft und Gesellschaft ist ja riesig und unsere Unternehmen haben Produkte und Lösungen dafür. Da macht es Sinn, sicherzustellen, dass diese Angebote auch nachgefragt werden können und dass die dafür notwendigen Finanzmittel aufgebracht werden.

Heijnk: Unsere Mitgliedsunternehmen sind im Sinne der Taxonomie-Verordnung ganz klassische Enabler, also Möglichmacher: Sie entwickeln und produzieren Produkte, die es anderen Branchen erlauben, ihre Prozesse nachhaltiger und grüner zu gestalten. Trotzdem ist die Elektro- und Digitalindustrie in den

Taxonomie-Katalogen noch nicht erfasst. Das wollen wir ändern.

Was genau fordern Sie?

Heijnk: Wir fordern, dass die Elektroindustrie als Enabling-Industrie in den Anhängen der Klima-Taxonomie explizit erwähnt wird. Die EU-Kommission hat sich in einem ersten Aufschlag nur auf die sogenannten High-Impact-Sektoren konzentriert wie beispielsweise die Energieversorgung und energieintensive Industrien wie die Chemie oder die Landwirtschaft.

Blank: Im Bericht der Sustainable Finance Platform, das ist das Taxonomie-Expertengremium, das die EU-Kommission berät, sind wir mittlerweile mit der Elektro- und Digitalindustrie aufgeführt. Der EU-Kommission wird also empfohlen, unsere Industrie in die Taxonomie mit aufzunehmen. Einen ersten Etappensieg haben wir damit geschafft.

Welche Veränderungen erwarten Sie denn für die Betriebe Ihrer Branche durch die Taxonomie?

Blank: Mehr als 90 Prozent der ZVEI-Unternehmen sind Mittelständler, dazu gehören sehr viele global aufgestellte Midcaps mit mehr als 1.000 Mitarbeitern. Diese Firmen finanzieren sich nicht über den Kapitalmarkt, vielmehr nutzen sie eigene Ressourcen für Investitionen. Ob diese Unternehmen die neuen Finanzprodukte, die aufgrund der Taxonomie entstehen, brauchen werden, können wir nur sehr schwer vorhersehen. Was auf die Unternehmen aber auf jeden Fall zukommt, sind die durch die Taxonomie und andere gesetzliche Vorgaben ausgelösten neuen Berichtspflichten. Und das ist eine echte Herausforderung für die Betriebe, zumal es am Markt gerade auch gar nicht genügend Berater gibt, die da unterstützen könnten.

Wenn Ihre Mitgliedsunternehmen gar kein Fremdkapital benötigen, sie aber durch die Aufnahme in die Taxonomie neue Berichtspflichten haben, dann sollte man das ganze Unterfangen doch



Foto: ZVEI/Maren Strehlau



Foto: privat

eigentlich lieber sein lassen, oder nicht?

Hejnk: Die Berichtspflichten gelten so oder so. Wenn die Branche aber nicht in der Taxonomie aufgeführt ist, können die Unternehmen für ihre nachhaltigen Aktivitäten nicht den grünen Stempel erhalten. Denn Unternehmen müssen künftig immer offenlegen, wie viel Prozent ihrer Investitionskosten, ihrer Betriebskosten und ihres Umsatzes als nachhaltig einzustufen sind.

Wie viele der 1.600 von Ihnen vertretenen deutschen Unternehmen sind bereits von der EU-Taxonomie betroffen?

Hejnk: Die Berichtserstattungspflichten gelten aktuell für alle börsennotierten Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, künftig gilt die Pflicht für alle Unternehmen – ob börsennotiert oder nicht – ab 250 Mitarbeitern. Das entspricht mehr als 90 Prozent unserer Branchenunternehmen.

Wie gut sind diese Betriebe auf die Anforderungen, die die

EU-Taxonomie mit sich bringt – wie beispielsweise die Berichtspflicht – vorbereitet?

Blank: Ich würde sagen: schlecht. Das heißt aber nicht, dass sie sich nicht damit auseinandersetzen. Im Gegenteil. Sie suchen Rat und Unterstützung, der Beratungsbedarf ist riesig. Selbst Großkonzerne sagen, die Umstellung des Reportings sei eine Riesenaufgabe. Und viele Mittelständler haben gar nicht die Kapazitäten, das selbst zu machen – finden aktuell auch keine externe Beratung, haben aber nichtsdestotrotz die Deadline im Nacken sitzen. Hier hätten wir uns sehr viel längere Übergangsfristen gewünscht, zumal die Unternehmen mit dem Green Deal, der Umstellung auf CO₂-Neutralität, der Digitalisierung, den aktuellen Lieferkettenproblemen und dem anstehenden Lieferkettengesetz riesige Herausforderungen auf einmal bewältigen müssen. Das führt zu Unsicherheit und teilweise auch zu Unmut bei manchen Firmen, weil sie parallel

mit so viel neuer Bürokratie überzogen werden.

Wie groß schätzen Sie den Investitionsbedarf der deutschen Elektro- und Digitalindustrie ein, um Klimaneutralität zu erreichen?

Blank: Für unsere Branche allein kann ich das nicht exakt beziffern, aber die deutsche Industrie insgesamt wird bis 2030 einen Mehrinvestitionsbedarf von rund 50 Milliarden Euro haben.

Welche alternativen Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung – jenseits der Taxonomie – haben Ihre Mitgliedsunternehmen?

Blank: Viele unserer Unternehmen haben ausreichend Eigenkapital gebildet und investieren gerade intensiv in die Zukunft. Und häufig haben die Unternehmen noch eine feste Hausbank, mit der sie bei Finanzierungen zusammenarbeiten.

Derzeit dreht sich in Sachen Taxonomie fast alles um das grüne Label der EU-Kommission für Atom- und Gaskraftwerke. Wie beurteilen Sie das?

Blank: Die Entscheidung der EU-Kommission war ja keine Überraschung, die Aufnahme von Gas und Atomkraft in die Taxonomie spiegelt lediglich den Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich wider. Letztlich kommt es auch darauf an, wie der Finanzmarkt reagiert: Gibt es aufgrund der Aufnahme in die Taxonomie tatsächlich Neuinvestitionen in Atomkraft? Und wird das stark nachgefragt? Vielleicht ist die Diskussion um dieses Thema derzeit einfach ein bisschen überhitzt.

Hejnk: Man kann sagen, dass diese Entscheidung einen knallharten realpolitischen Kompromiss zwischen zwei großen Mitgliedsstaaten widerspiegelt. Aber erst die anstehenden Abstimmungen im EU-Parlament und im Rat werden zeigen, ob Gas- und Kernkraftwerke wirklich als nachhaltig eingestuft werden.

Von wegen Hire and Fire

Betriebszugehörigkeit. Deutschlands Beschäftigte arbeiten oft viele Jahre für denselben Arbeitgeber. Allerdings haben einige Faktoren einen erheblichen Einfluss darauf, wie lange die Treue zur Firma im Durchschnitt hält.

Kaum Festangestellte, immer weniger stabile Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitnehmer, die wie Nomaden von Unternehmen zu Unternehmen ziehen müssen, um ihre Familien überhaupt irgendwie über die Runden zu bringen: Mit der Realität hat all das in Deutschland

nichts zu tun – selbst wenn dieses Bild des deutschen Arbeitsmarktes immer wieder von einigen Interessengruppen und Medien gezeichnet wird.

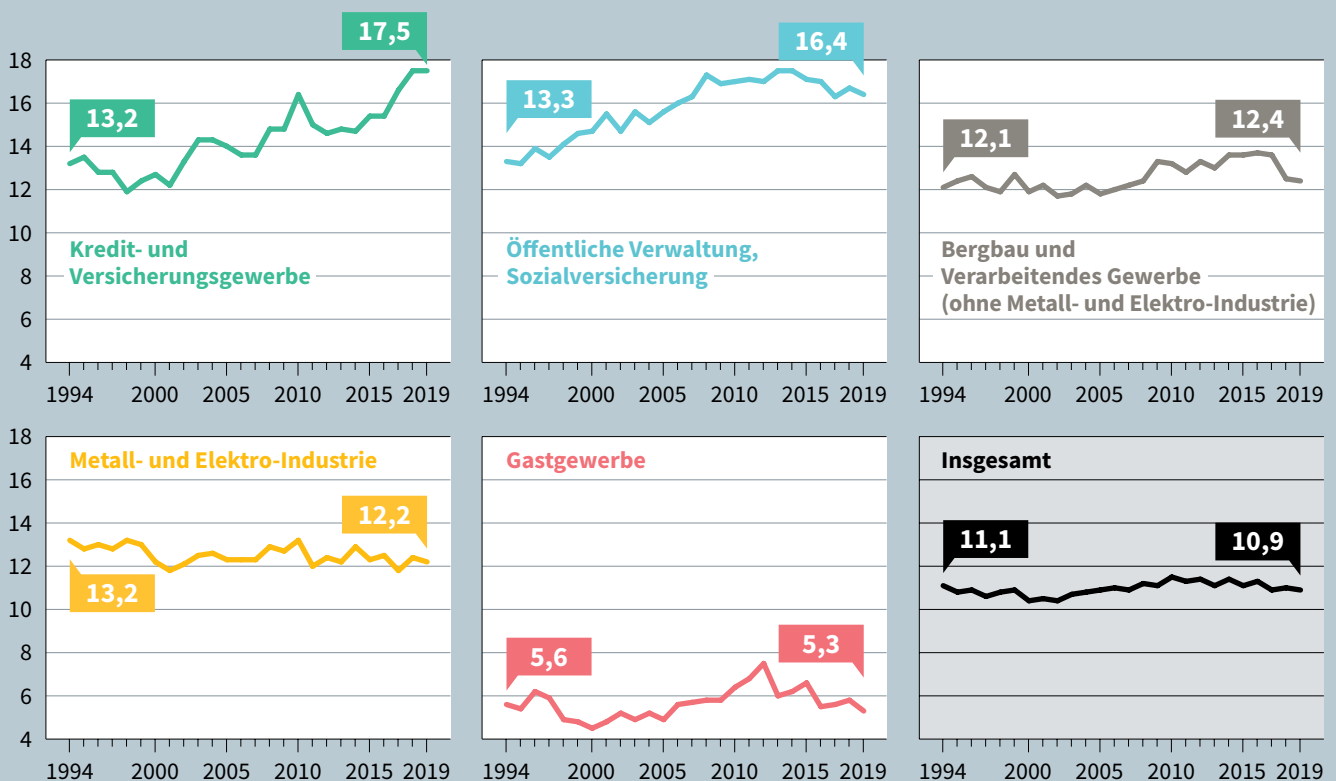
In Wahrheit befindet sich die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit hierzulande seit vielen

Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Das belegen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels, für das alljährlich rund 30.000 Personen repräsentativ befragt werden (Grafik):

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit in Deutschland

Firmentreue: Entwicklung hängt von Branche ab

Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von Beschäftigten in ausgewählten Branchen in Jahren



Ohne Auszubildende

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel
© 2022 IW Medien / iwd

Betriebszugehörigkeit: Je größer, desto länger

So viele Jahre arbeiteten Beschäftigte im Jahr 2019 im Durchschnitt bereits bei derselben Firma

Zahl der Mitarbeiter

2.000 und mehr	12,9
200 bis unter 2.000	11,1
20 bis unter 200	8,7
Weniger als 20	8,1
Insgesamt	10,5

Einschließlich Auszubildende
Quelle: Sozio-oekonomisches Panel
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

betrug 2019 knapp elf Jahre und lag damit auf fast demselben Niveau wie 25 Jahre zuvor.

Zwischenzeitlich war der Wert zwar bis auf 11,5 Jahre geklettert, doch der Rückgang am aktuellen Rand hat erfreuliche Gründe: Bis zur Corona-Pandemie brummte der deutsche Arbeitsmarkt, die Erwerbstätigenquote legte kontinuierlich zu und die vielen neuen Beschäftigten drückten den Schnitt bei der Betriebszugehörigkeit – ein rein statistischer Effekt.

Dessen ungeachtet ist die Betriebszugehörigkeit von verschiedenen Faktoren abhängig:

Branche. Die Beschäftigungsdauer in Deutschland unterscheidet sich von Branche zu Branche erheblich. Mit einer durchschnittlichen Zugehörigkeit von 17,5 Jahren sind Mitarbeiter des Kredit- und Versicherungswesens besonders treue Angestellte, dicht gefolgt von Beschäftigten der öffentlichen

Verwaltung und der Sozialversicherungen, die ihrem Arbeitgeber im Mittel 16,4 Jahre die Treue halten. Am anderen Ende des Rankings findet sich das Gastgewerbe. Hier hielten Angestellte 2019 im Schnitt nur etwas mehr als fünf Jahre beim selben Arbeitgeber durch.

Unternehmensgröße. Je größer die Firma, desto länger bleiben die Angestellten an Bord (Grafik links):

In Firmen mit weniger als 20 Mitarbeitern lag die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit bei rund acht Jahren. In Firmen mit mehr als 2.000 Angestellten waren es fast 13 Jahre.

Erklärt werden können diese Größenunterschiede unter anderem damit, dass kleine Firmen oftmals Start-ups sind, die einfach noch nicht besonders lange existieren. Großkonzerne gibt es dagegen meist schon viele Jahre – und sie bieten intern oft erhebliches Entwicklungspotenzial.

Qualifikation. Setzt man das Qualifikationsniveau ins Verhältnis zur durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit, zeigt sich ein auf den ersten Blick überraschender Befund (Grafik rechts):

Personen mit mittlerer Qualifikation wie Fachschul- oder Meisterabschluss bleiben mit über 14 Jahren am längsten in einem Unternehmen.

Jene ohne Abschluss wechseln am häufigsten, was sich damit erklären lässt, dass sie von Konjunkturschwankungen am stärksten betroffen sind.

Doch auch Universitätsabsolventen am anderen Ende der Skala kommen im Schnitt auf weniger als neun Jahre in einem Unternehmen. Das liegt unter anderem an den vielen befristeten Stellen im Wissenschaftsbetrieb, aber auch daran, dass Hochqualifizierte durch die langwierige Ausbildung schlicht

weniger Berufsjahre zur Verfügung haben als andere Personengruppen.

Infolge der Corona-Pandemie dürften die Durchschnittswerte bei der Betriebszugehörigkeit vorerst eher steigen als sinken – und zwar aus drei Gründen:

1. Arbeitnehmer wechseln in Krisen seltener den Job als in wirtschaftlich guten Zeiten.
2. Wenn Firmen Mitarbeiter entlassen müssen, trifft es häufig zuerst jene, die noch nicht lange dabei sind.

3. In der Krise gibt es vielerorts weniger Einstellungen, die den Durchschnittswert reduzieren.

Auch das Kurzarbeitergeld in Deutschland und anderen EU-Staaten war und ist darauf ausgelegt, Mitarbeiter in den Betrieben zu halten. Und viele Firmen in Deutschland tun ohnehin alles in ihrer Macht Stehende, um zu verhindern, dass ihnen die angesichts des demografischen Wandels knappen Fachkräfte verloren gehen.

Meister und Fachschulabsolventen sind besonders treu

So viele Jahre waren Mitarbeiter mit dieser Qualifikation im Jahr 2019 durchschnittlich bei demselben Unternehmen tätig

Universitätsstudium	8,9
Fachhochschulstudium	11,7
Fachschule, Meister	14,3
Lehre, Berufsfachschule, Beamtenausbildung	12,4
Kein Abschluss	8,7

Ohne Auszubildende
Quelle: Sozio-oekonomisches Panel
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Wanderung im Blick

Bevölkerungsentwicklung. Wegen des demografischen Wandels sind die deutschen Regionen mehr denn je auf Zuwanderer aus dem Ausland angewiesen. Dabei dürfen allerdings die Wanderungsbewegungen innerhalb des Landes nicht aus dem Blick geraten.

Die Babyboomer – die geburtenstarken Jahrgänge – gehen in den kommenden Jahren in Rente. Damit steht Deutschland vor einer Zeitenwende: Die Zahl der Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahrzehnten nahezu kontinuierlich gewachsen,

nun wird sie ohne starke Zuwanderung einbrechen. Fachkräftengpässe werden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch stärker beeinträchtigen als heute schon.

Allerdings sind die Herausforderungen nicht überall gleich groß.

Ausschlaggebend sind nicht zuletzt die innerdeutschen Wanderungsbewegungen, die zu einer starken Verschiebung der Bevölkerung zwischen den Regionen führen. Dabei folgt die Migration in den verschiedenen Lebensphasen sehr unterschiedlichen Mustern: Zunächst ziehen junge Menschen dorthin, wo sie studieren können. Ab Mitte 20 kehrt sich diese Bewegung teilweise um und die ländlicheren Hochschulstandorte verzeichnen Abwanderungen. Die großen Metropolen sind hingegen weiterhin attraktiv, was zumindest teilweise daran liegen dürfte, dass es dort gute Jobs für Akademiker gibt. Ab einem Alter von Mitte 30 ist dann eine Bewegung aus den größeren Städten in die ländlicheren Gebiete zu beobachten, die jungen Familien vielfach attraktivere Wohnmöglichkeiten bieten.

Entscheidend ist die Gesamtbilanz dieser Wanderungsbewegungen: Gelingt es beispielsweise den ländlichen Kreisen, die Abwanderung ihres Nachwuchses später zu kompensieren oder nicht?

Mit dieser Lebenslaufperspektive hat das IW jetzt die Bevölkerungsverchiebungen in allen 401 Kreisen und kreisfreien Städten analysiert. Dazu haben die Forscher zunächst betrachtet, wie sich die Bevölkerung in den verschiedenen Geburtsjahrgängen in jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis zwischen 2015 und 2020 verändert hat. Diese Ergebnisse

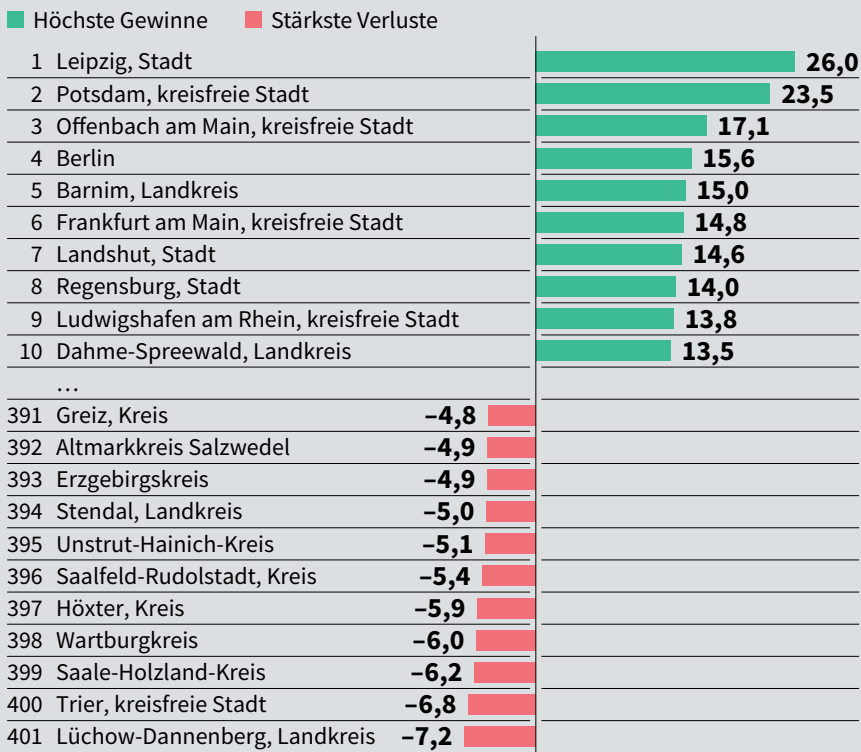
Regionale Migration im Lebenslauf

Um so viel Prozent verändert sich bei den Wanderungsmustern der Jahre 2015 bis 2020 die Größe von Geburtenjahrgängen zwischen einem Alter von 10 bis 14 Jahren und einem Alter von 45 bis 49 Jahren im jeweiligen Landkreis oder in der jeweiligen kreisfreien Stadt. Blieben die aktuellen Wanderungsmuster bestehen, würden dort also im Jahr 2055 so viel Prozent mehr oder weniger von 2006 bis 2010 Geborene wohnen als im Jahr 2020.

	Höchste Anstiege	Stärkste Rückgänge
1 Leipzig, Stadt	221,4	
2 Potsdam, kreisfreie Stadt	197,1	
3 Regensburg, Stadt	123,1	
4 Bamberg, Stadt	122,1	
5 Landshut, Stadt	118,7	
6 Offenbach am Main, kreisfreie Stadt	118,0	
7 Berlin	115,3	
8 Barnim, Landkreis	110,8	
9 Passau, Stadt	110,4	
10 Frankfurt am Main, kreisfreie Stadt	26,0	
...		
391 Oder-Spree, Landkreis		-26,8
392 Mansfeld-Südharz, Landkreis		-27,2
393 Unstrut-Hainich-Kreis		-27,4
394 Stendal, Landkreis		-27,5
395 Altmarkkreis Salzwedel		-27,7
396 Greiz, Kreis		-27,8
397 Höxter, Kreis		-28,5
398 Saalfeld-Rudolstadt, Kreis		-30,3
399 Wartburgkreis		-32,7
400 Lüchow-Dannenberg, Landkreis		-36,9
401 Saale-Holzland-Kreis		-37,7

Wer Arbeitskräfte gewinnt und wer sie verliert

So viel Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren wären im Jahr 2030 seit 2020 zu- oder abgewandert, wenn die aktuellen Wanderungsmuster bestehen blieben



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd



wurden miteinander verknüpft und auf eine Gesamtbilanz der Wanderungen zwischen einem Alter von 10 bis 14 und 45 bis 49 Jahren hochgerechnet. Diese Hochrechnung kann man auch als Prognose der Wanderungsbewegungen der Jahrgänge 2006 bis 2010 im Zeitraum 2020 bis 2055 interpretieren – unter Annahme der aktuellen Wanderungsmuster (Grafik Seite 8):

Größter Wanderungsverlierer ist der Saale-Holzland-Kreis zwischen Jena und Gera in Thüringen mit einem Minus von fast 38 Prozent. Spitzenreiter ist die Stadt Leipzig mit einem Plus von mehr als 220 Prozent.

Diese Werte beinhalten die in den vergangenen Jahren starke Zuwanderung aus dem Ausland. Lässt man die außen vor, fällt der prozentuale

Zuwachs bei den Top-Platzierten deutlich geringer aus, während sich die Verluste am unteren Ende noch einmal verstärken.

Dieser Befund gilt auch, wenn man die Frage ins Zentrum rückt, wie viele Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren die 401 Kreise bis 2030 voraussichtlich durch Wanderungen gewinnen oder verlieren werden (Grafik):

Leipzig liegt mit plus 26 Prozent Erwerbsfähige bis 2030 gegenüber einer Situation ohne Wanderungsbewegungen an der Spitze, gefolgt von Potsdam und Offenbach.

Hingegen würden Lüchow-Dannenberg – das ist der östlichste Landkreis Niedersachsens – und der Saale-Holzland-Kreis sowie das kreisfreie Trier besonders viele Erwerbsfähige einbüßen.

Schaut man auch hier nur auf die Inländer, fielen der maximale Wanderungsgewinn – weiterhin in Leipzig – mit knapp 21 Prozent um mehr als 5 Prozentpunkte niedriger aus. Am unteren Ende des Rankings würden sich die Verluste verstärken und Emden, der Wartburgkreis sowie Frankfurt an der Oder auf die letzten Plätze abrutschen.

Mit Blick auf diese Daten rät das IW zu folgenden Maßnahmen:

Angebote für junge Menschen vor Ort verbessern. Von Abwanderung betroffene Regionen sollten sich fragen, wie sie die dort Aufgewachsenen halten oder nach Studium und Ausbildung zurückgewinnen können. Hilfreich sind dafür vor allem gute Freizeitangebote und Mobilitätskonzepte. Die aus einer Gegend Stammenden können dann auch als „Botschafter“ bei Mitstudenten fungieren.

Migrationsschwerpunkt auf regionaler Ebene setzen. Hinzu kommen sollte eine gezielte werbende Ansprache potenzieller Zuwanderer im In- und Ausland. Dabei sollte ein realistisches Bild der Region gezeichnet werden, um Enttäuschungen zu vermeiden. Bei Einreise und Integration brauchen die Fachkräfte dann bestmögliche Unterstützung.

Passenden institutionellen Rahmen auf Bundesebene gestalten. Wichtig ist vor allem eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Zuwanderungsrechts. Zudem kann es sinnvoll sein, besonders betroffene Regionen mit Modellprojekten und Fördergeldern dabei zu unterstützen, neue und vor allem jüngere Einwohner zu gewinnen.

IW-Report 6/2022

Wido Geis-Thöne: Wanderungsbewegungen im Lebenslauf und regionale Bevölkerungsentwicklung
iwkoeln.de/wanderungsbewegungen

Da geht noch mehr

Ressourceneffizienz. Die Bundesregierung hat beschlossen, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen. Ein effizienterer Umgang mit Energie und anderen Rohstoffen kann einen zentralen Beitrag dazu leisten. Denn die Einsparpotenziale sind noch keineswegs erschöpft.

Dass Deutschland bis 2045 klimaneutral sein will, ist eine riesige Herausforderung für die hiesige Wirtschaft. Denn die Unternehmen müssen ihre Treibhausgasemissionen drastisch senken und langfristig vollständig vermeiden. Dieses Vorhaben hat auf die meisten Herstellungsprozesse erhebliche Auswirkungen und verändert vielfach das Geschäftsmodell der deutschen Unternehmen.

Ein zentraler Hebel auf dem Weg zur Klimaneutralität ist die effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen – das

sind zum Beispiel Energierohstoffe, Metalle und andere Mineralien. Sie können entweder weniger verbraucht, mehrfach gebraucht oder ganz durch klimafreundlichere Alternativen ersetzt werden. Mit dem Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) beschreibt die Bundesregierung bereits zahlreiche Maßnahmen für einen sparsameren Umgang mit Rohstoffen. Neu in der aktuellen Ausgabe ProgRess III ist, dass das Programm den Beitrag des Ressourcenschutzes für den Klimaschutz betont und die Potenziale und

Risiken der Digitalisierung für die Ressourceneffizienz betrachtet.

Die Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft, Ressourcen sparsamer zu nutzen, sind keineswegs ausgereizt (siehe iwd 3/2021). Die Digitalisierung könnte hier einen wesentlichen Beitrag leisten, wie eine Befragung von knapp 900 Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern zeigt, die das Institut der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der IW Consult und der WIK-Consult im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz durchgeführt hat.

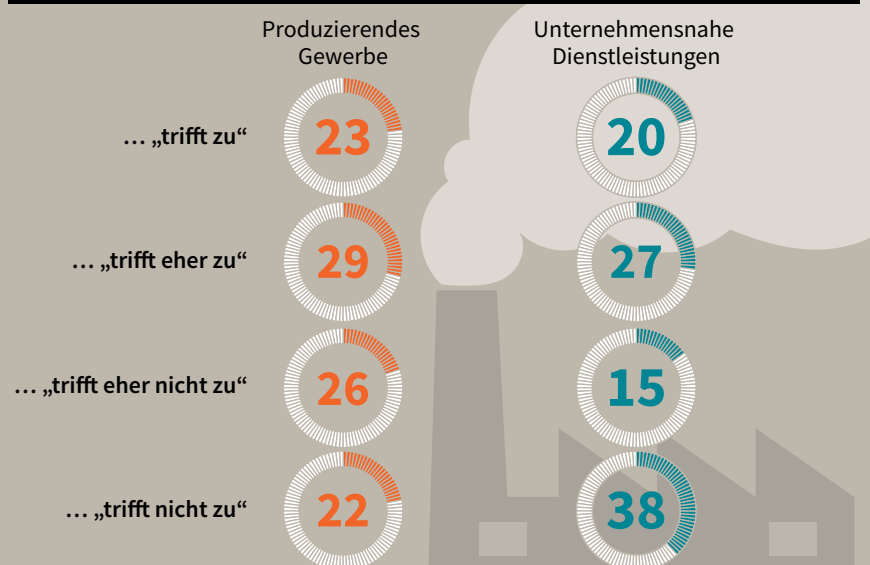
Ressourceneffizienz als strategisches Unternehmensziel hatte bislang weniger den Klimaschutz im Blick, sondern sollte vornehmlich Kosten reduzieren: So stufen die meisten Betriebe Ressourceneffizienz zwar als unternehmensrelevantes Thema ein, doch der Fokus liegt in erster Linie darauf, weniger Ressourcen zu verbrauchen, um Herstellungskosten zu reduzieren sowie weniger Abfall zu produzieren. Erst an dritter Stelle geht es den Unternehmen darum, Ressourcen der Umwelt zuliebe zu schonen. Aus diesem Grund ist auch die Reduzierung des Treibhausgasausstoßes bislang kein Top-Ziel (Grafik):

Nur jedes fünfte Unternehmen will mithilfe von Ressourceneffizienz explizit das Klima schützen.

Fast zwei Fünftel der unternehmensnahen Dienstleister verfolgen dieses Ziel gar nicht, was wenig überrascht, da die Bereitstellung von

Ressourceneffizienz: Die Hälfte der Unternehmen denkt dabei auch ans Klima

So viel Prozent der Unternehmen antworteten auf die Frage „Verfolgen Sie durch die Steigerung der Ressourceneffizienz das Ziel der Senkung des CO₂-Ausstoßes?“ mit ...



Befragung von 895 Unternehmen zwischen Januar und März 2020 im Rahmen des IW-Zukunftspanels
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Dienstleistungen häufig nicht mit hohen Emissionen verbunden ist.

Ressourceneffizienz und Digitalisierung sind zwar grundlegender Bestandteil unternehmerischen Handelns, doch anders als die Fachkräftesicherung haben diese Themen keine hohe Priorität, wie eine Abfrage des Stellenwerts von insgesamt neun Themen zeigt. Im Ranking der Themen mit einem (eher) hohen Stellenwert landet der Klimaschutz nur auf Rang sieben.

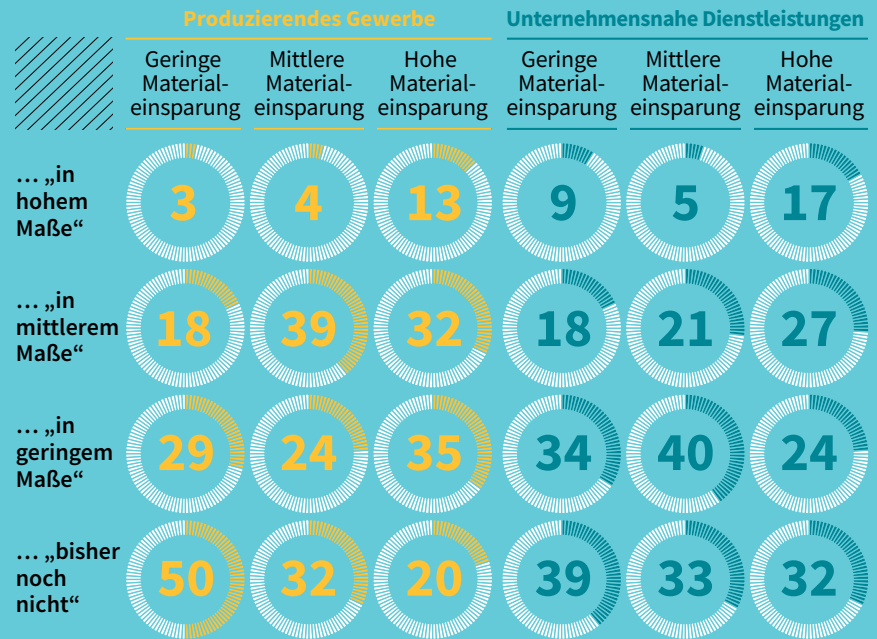
Dennoch ist das Thema Klimaschutz in den Unternehmen präsent. Für drei Fünftel der Industriebetriebe ist die Bedeutung des Klimaschutzes zumindest eher hoch – bei fast einem Fünftel sogar hoch. Gut zwei Fünftel der unternehmensnahen Dienstleister messen dem Thema Klimaschutz eine Bedeutung bei – für rund 12 Prozent hat es sogar eine hohe Wichtigkeit. Zumindest drei Fünftel der Unternehmen beschäftigten sich mit dem Thema, weil ihre selbst gesetzten Ziele es erfordern, jedes vierte Unternehmen erhält Anstöße über Unternehmensnetzwerke. Ein Drittel der Betriebe gibt an, dass politische Anforderungen ein wesentlicher Treiber sind.

Ressourceneffizienz und Digitalisierung wiederum sind Themen, die die Unternehmen selbst als relevant betrachten oder die durch die Einbindung in Wertschöpfungsketten bedeutsam werden, also durch die Vernetzung mit Lieferanten und Kunden. Nur eine Minderheit der Unternehmen gibt an, dass die beiden Themen aufgrund von politischen Anforderungen oder der Aktivitäten von Wettbewerbern auf der unternehmerischen Agenda stehen.

Die Digitalisierung verändert die Produktionsprozesse grundlegend und macht Einsparpotenziale sichtbar und damit umsetzbar: Prozess- und Produktionsdaten können ständig erhoben und vorgehalten werden und

Digitalisierung für Ressourceneffizienz: Nur eine Minderheit sieht bereits positive Effekte für den Klimaschutz

So viel Prozent der Unternehmen mit digitalisierten Ressourceneffizienzmaßnahmen antworteten auf die Frage, inwieweit dadurch der Klimaschutz in ihrem Unternehmen gefördert wird, mit...



Befragung von 895 Unternehmen zwischen Januar und März 2020 im Rahmen des IW-Zukunftspanels
 Materialeinsparung: eingespartes Material in den vergangenen fünf Jahren durch Effizienzmaßnahmen
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd



ermöglichen so eine in Echtzeit gelenkte Produktion. In der Digitalisierung stecken also erhebliche Potenziale, um die Ressourceneffizienz zu steigern. Dass die Digitalisierung dadurch auch dem Klimaschutz zugutekommen kann, sieht allerdings nur eine Minderheit der Unternehmen (Grafik):

Lediglich etwa ein Drittel der Unternehmen gibt an, dass die Digitalisierung im Kontext von Ressourceneffizienz den Klimaschutz in mittlerem bis hohem Maße fördert.

Für mehr als ein weiteres Drittel der Unternehmen ist dies bislang noch gar nicht der Fall.

Unternehmen mit hohen Materialeinsparerfolgen können durch digitalisierte Ressourceneffizienzmaßnahmen eher auch den Klimaschutz

zumindest in geringem Maße fördern als jene Betriebe, die weniger Material einsparen. Dieser Zusammenhang lässt sich vor allem im Produzierenden Gewerbe beobachten, da hier – anders als im Dienstleistungsbereich – der Materialverbrauch eine größere Rolle spielt.

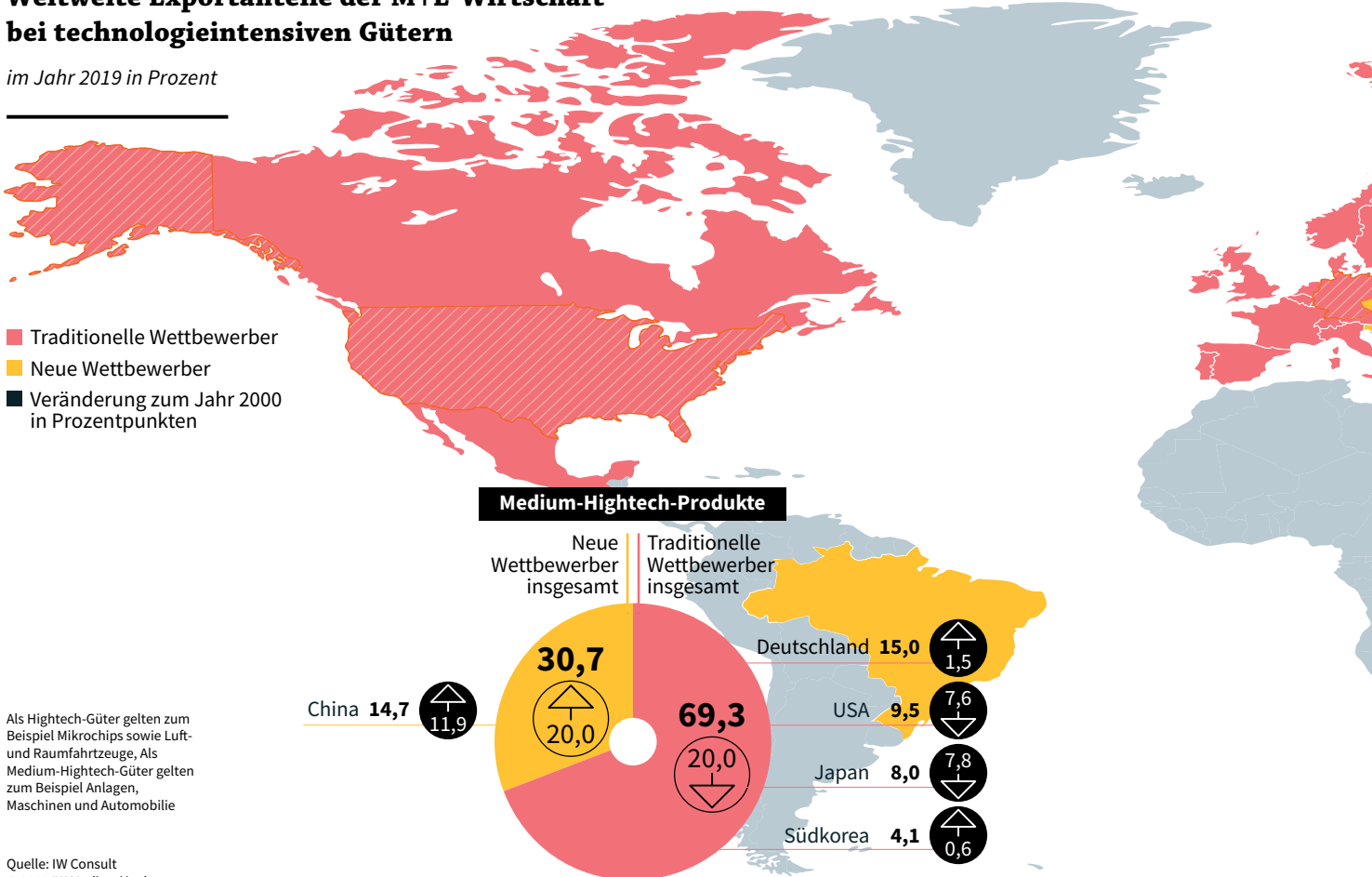
Vielen Unternehmen ist der Nutzen der Digitalisierung für Ressourceneffizienz und damit für den Klimaschutz also häufig noch unklar. Abhilfe schaffen könnte ein umfassender Wissenstransfer, in dessen Rahmen die Unternehmen passgenaue und gebündelte Informationsangebote erhalten und bei dem ihnen Weiterbildungs- und Beratungsmöglichkeiten zu Kosten und Nutzen der Digitalisierung im Kontext von Ressourceneffizienz zur Verfügung gestellt werden.

Der internationale Wettbewerb wird härter

Metall- und Elektro-Industrie. Der Konkurrenzkampf zwischen den traditionellen und neuen Wettbewerbern in der internationalen Metall- und Elektro-Industrie hat sich in den vergangenen Jahren verschärft. Dies belegt der aktuelle M+E-Strukturbericht auf der Basis der bis 2019 vorliegenden internationalen Branchendaten. Angesichts der mit der Pandemie einhergegangenen Einschränkungen dürfte sich die Konkurrenzsituation für die hiesigen M+E-Unternehmen seither kaum entspannt haben.

Weltweite Exportanteile der M+E-Wirtschaft bei technologieintensiven Gütern

im Jahr 2019 in Prozent



Die Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) gilt in Deutschland mit Fug und Recht als das Herz der Wirtschaft und trägt vor allem mit ihrer Exportkraft erheblich zur Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland bei.

Seit einigen Jahren verändern sich allerdings weltweit die Strukturen der Branche, da neue Wettbewerber – allen voran China – in den Markt drängen und damit die Position der traditionellen M+E-Produzenten, zu denen die arrivierten Industrieländer und damit auch Deutschland gehören, ins Wanken bringen.

Diese Entwicklung ist kein M+E-spezifisches Phänomen,

sondern vollzieht sich quer durch alle Industriebranchen, wie der Blick auf die Wertschöpfungstrends zeigt (Grafik Seite 14):

Im Zeitraum der Jahre 1970 bis 2019 stieg die Bruttowertschöpfung im industriellen Sektor Chinas von 37 auf 4.088 Milliarden Dollar – das bedeutete ein Plus von mehr als 11.000 Prozent.

Einen erheblichen Beitrag zu diesem gewaltigen wirtschaftlichen Zuwachs leistete die chinesische M+E-Industrie.

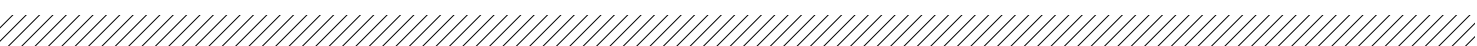
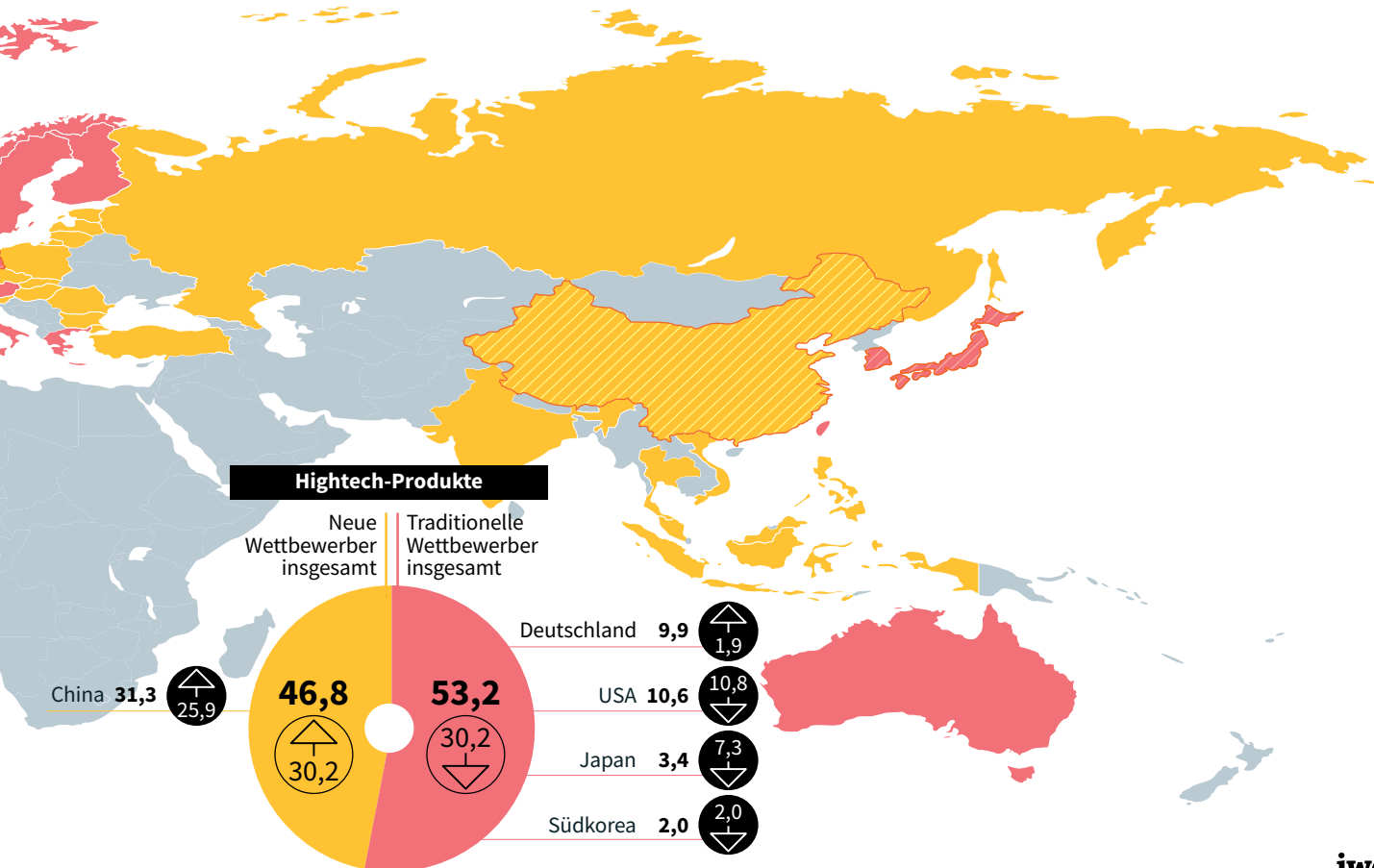
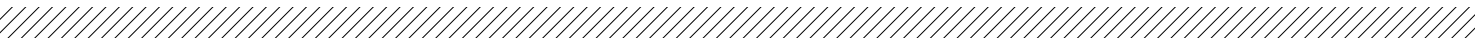
Europas Industrie konnte ihre Wertschöpfung im selben Zeitraum dagegen gerade mal etwas mehr als verdoppeln und landete 2019 im weltweiten Ranking nur noch auf

Platz drei, hinter Amerika und Spitzenreiter China.

Richtet man den Blick speziell auf die M+E-Industrie, konnten sich allerdings die deutschen Unternehmen recht gut dem allgemeinen Trend entziehen. Ein Grund dafür ist der Exporterfolg der hiesigen M+E-Wirtschaft:

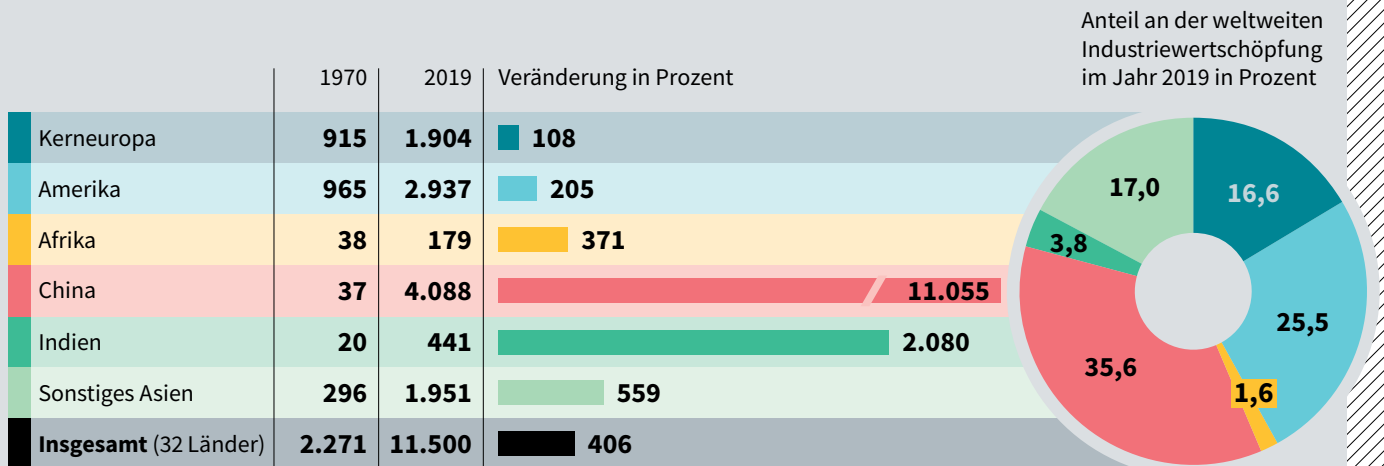
Während der Weltmarktanteil der traditionellen M+E-Länder auf dem stark expandierenden Exportmarkt von rund 79 Prozent im Jahr 2000 auf nur noch gut 56 Prozent 2019 zurückging, blieb der deutsche Anteil konstant bei rund 10 Prozent.

Fortsetzung



Industrieller Strukturwandel: Chinas Aufstieg zur Wirtschaftsmacht

Industriewertschöpfung in Milliarden Dollar



Kerneuropa: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich;
China und Indien werden gesondert betrachtet, da sie als einzelne Länder deutlich größer sind als andere Weltregionen.

Quelle: IW Consult
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Gut sichtbar werden die strukturellen Veränderungen zwischen den neuen und traditionellen Industrieländern auch an der Technologieintensität der M+E-Produkte. So ist eine hohe Technologieorientierung generell ein gutes Mittel, um trotz relativ hoher Kosten im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die traditionellen M+E-Wettbewerber sind besonders stark auf Medium-Hightech-Produkte spezialisiert – wie Maschinen und Anlagen sowie Automobile. Im Jahr 2019 entfielen auf diese Länder mehr als 69 Prozent der im M+E-Bereich mit Medium-Hightech-Gütern weltweit erzielten Exporte (Grafik Seiten 12–13):

Allein Deutschland und die drei großen Wettbewerbsländer USA, Japan und Südkorea steuerten im Medium-Hightech-Bereich insgesamt 36,6 Prozent bei.

Doch die Einbußen gegenüber den neuen Wettbewerbern sind unverkennbar: So ist der Anteil aller weltweit erzielten Exporte der traditionellen Wettbewerber im Medium-

Hightech-Bereich zwischen 2000 und 2019 um 20 Prozentpunkte eingebrochen. Nur Südkorea und Deutschland konnten ihren Anteil im selben Zeitraum geringfügig steigern.

Zwar weisen die traditionellen Wettbewerber über alle Technologiestufen der Produkte nach wie vor einen größeren Exportweltmarktanteil auf als die neuen Wettbewerber. Im Hightech-Bereich der M+E-Industrie – hierzu zählt zum Beispiel die Produktion von Mikrochips – ist der Abstand aber nur noch gering. Dort hatten die traditionellen Wettbewerber im Jahr 2019 einen Exportanteil von gut 53 Prozent, die neuen Wettbewerber kamen bereits auf rund 47 Prozent.

Seit 2000 ist der Anteil der traditionellen Wettbewerber an den weltweiten Exporten im M+E-Hightech-Bereich um mehr als 30 Prozentpunkte zugunsten der neuen Konkurrenten geschrumpft.

Der größte Batzen, annähernd 26 Prozentpunkte, entfiel davon auf China – anfangs getrieben durch

ausländische Direktinvestitionen, inzwischen aber auch durch heimische Hersteller.

Die deutsche M+E-Wirtschaft kam 2019 im Segment der Hightech-Güter auf einen Exportanteil von 10 Prozent – das bedeutete immerhin einen Zuwachs um 2 Prozentpunkte seit der Jahrtausendwende.

Wie gut Deutschland und die anderen traditionellen Industrieländer künftig im Wettbewerb um Marktanteile in diesem Segment mithalten können, wird auch davon abhängen, wie gut sie die Einbrüche aus der Pandemie verkraften und zu schnellen Wachstumsraten zurückkehren können.

M+E-Strukturbericht

IW Consult: Achter Strukturbericht für die M+E-Industrie in Deutschland, Gutachten für den Arbeitgeberverband Gesamtmetall

Eskalation vermeiden

Deutsch-russischer Handel. Sollte es infolge der Ukraine-Krise zu gegenseitigen Sanktionen durch die Europäische Union und Russland kommen, würde das die russische Wirtschaft in höherem Maße schwächen – doch auch Deutschland könnte aufgrund seiner Abhängigkeit von russischen Rohstoffen im Energiesektor Probleme bekommen.

Seit der Krim-Annexion und dem Beginn des Konflikts in der Ost-ukraine im Jahr 2014 haben sich die Handelsbeziehungen zwischen Russland und den EU-Staaten merklich abgekühlt. Sollte sich die aktuell angespannte Lage an der russisch-ukrainischen Grenze noch weiter zuspitzen und das russische Militär – entgegen den offiziellen Beteuerungen des Landes – in die Ukraine einmarschieren, würde das die wirtschaftlichen Beziehungen auf eine noch härtere Probe stellen.

Dabei ist Russland auf ein gutes Wirtschaftsverhältnis mit dem Westen angewiesen: Mit 192,3 Milliarden Dollar machte der russische Handel mit der EU im Jahr 2020 rund ein Drittel des gesamten Handelsvolumens des Landes aus – damit ist der europäische Staatenverbund mit Abstand Russlands größter Handelspartner.

Vor der Krim-Annexion belief sich der gesamte Handel zwischen der EU und Russland 2013 sogar noch auf 393 Milliarden Dollar – die darauffolgenden Sanktionen der EU-Staaten, die Corona-Krise sowie der zeitweise stark gesunkene Ölpreis haben in den vergangenen Jahren aber deutliche Spuren hinterlassen.

Innerhalb der EU ist Deutschland ein besonders wichtiger Handelspartner Russlands (Grafik):

7,4 Prozent des russischen Außenhandelsvolumens entfielen 2020 auf die Bundesrepublik.

Nur mit China handelt das größte Flächenland der Erde mehr, das Reich der Mitte steht für fast ein Fünftel des russischen Außenhandels.

Umgekehrt betrachtet sieht es indes etwas anders aus: Bei den deutschen Handelspartnern rangiert Russland eher unter ferner liefen, der Anteil am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik betrug 2020 lediglich 2 Prozent.

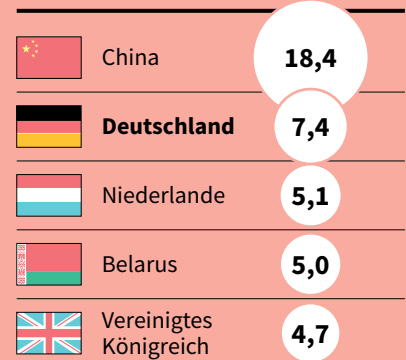
Das heißt allerdings nicht, dass Deutschland im Ernstfall komplett auf den Handel verzichten könnte – denn Russland ist der größte Energielieferant der Bundesrepublik: Knapp die Hälfte aller russischen Exporte nach Deutschland bestanden 2020 aus Gas, Öl oder Kohle.

Etwaige weitere Handelssanktionen dürften die russische Wirtschaft daher zwar relativ stärker treffen, die hohe Abhängigkeit im Energiesektor macht die EU und vor allem Deutschland aber verwundbar: Sollte sich der Ukraine-Konflikt verschärfen, könnte es hierzulande zu einer

Energieknappheit und damit zu weiter steigenden Energiepreisen kommen. Um eine Sanktionsspirale zu verhindern, sollte eine schnelle Deeskalation deswegen das oberste Ziel aller Beteiligten sein.

Die wichtigsten Handelspartner Russlands

So viel Prozent des russischen Außenhandelsvolumens entfielen 2020 auf diese Länder



Quellen: Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd



IW-Kurzbericht 8/2022

Sonja Beer: Ukraine-Krise – Belastete Handelsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland iwkoeln.de/ukraine-krise

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

-3,4

Prozent: So viel weniger Bier als im Vorjahr konnten deutsche Brauereien im Jahr 2021 hierzulande absetzen – zum einen, weil schon seit Jahren immer weniger alkoholhaltiges Bier nachgefragt wird, zum anderen wegen der Corona-Pandemie und den mit ihr einhergehenden Einschränkungen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 6,95 Milliarden Liter Bier von hiesigen Herstellern in Deutschland versteuert, während 1,58 Milliarden Liter steuerfrei blieben – vor allem, weil sie ins Ausland verkauft wurden. Die Exportmenge legte im Vergleich zu 2020 aufgrund der merklich gestiegenen außer-europäischen Nachfrage sogar um 4 Prozent zu. Das reichte aber nicht für eine positive Entwicklung des Gesamtabsatzes – er verringerte sich um 2,2 Prozent.

Top-Liste: Die E-idgenossen

Die Schweizer gelten als konservativ – beim Neuwagenkauf widerlegen sie dieses Klischee allerdings eindrucklich. Denn die Eidgenossen kauften 2021 am häufigsten einen Tesla 3, also ein Fahrzeug mit Elektroantrieb. Auch im Vereinigten Königreich schätzt man dieses Modell sehr, es ist dort nach dem Vauxhall Corsa das zweitbeliebteste Neufahrzeug. In Deutschland stehen E-Autos noch nicht ganz so hoch im Kurs, hier rangiert der Tesla 3 auf Platz elf im Neuzulassungs-Ranking. Der Deutschen liebstes Fahrzeug war auch im vergangenen Jahr wieder der Golf, den es nun ebenfalls als E-Variante gibt. Franzosen und Italiener kauften am häufigsten heimische Automobile, ebenso wie die US-Bürger, die mit der stark nachgefragten F-Serie von Ford ihre Liebe zu Pick-ups beweisen.

Kfz-Neuzulassungen: Die Auto-Lieblinge

Meistverkaufte Automodelle im Jahr 2021

	Neuzulassungen insgesamt	Beliebtestes Modell
USA	15.060.287	Ford F-Serie (726.004)
Deutschland	2.622.132	VW Golf (91.621)
Frankreich	1.659.008	Peugeot 208 (208.013)
Vereinigtes Königreich	1.647.181	Vauxhall Corsa (40.914)
Italien	1.457.995	Fiat Panda (110.878)
Spanien	859.474	Toyota Corolla (16.130)
Österreich	371.252	Fiat 500 (6.477)
Schweiz	238.480	Tesla 3 (5.074)

Länderauswahl

Quellen: Auto Swiss, Statistik Austria, Asociación Española de Fabricantes de Automóviles y Camiones, Le Comité des Constructeurs Français d'Automobiles, The Society of Motor Manufacturers and Traders, Associazione Nazionale Filiera Industria Automobilistica, usinenouvelle.com, Kraftfahrt-Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Neu auf [iwd.de](https://www.iwd.de):



Interview zur Subventionspolitik

Die Subventionsausgaben des Bundes steigen Jahr für Jahr. Warum es trotzdem nicht zwingend das Ziel der Finanzpolitik sein muss, Subventionen unverzüglich zurückzunehmen, die Finanzhilfeposten aber regelmäßig hinterfragt und neuen Entwicklungen angepasst werden müssen, erläutert IW-Finanzexperte Tobias Hentze im Interview auf [iwd.de](https://www.iwd.de).